

## V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 8. Sitzung des Bundesrates vom 27. Januar 1958

Vorsitz: Herr Bundespräsident Dr. Holenstein  
Abwesend: Hr. Lepori (Urlaub) Hr. Petitpierre  
 (dienstl. bis 9 Uhr 25)  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: die Protokolle der 3., 4. und 5. Sitzung  
 werden genehmigt  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 50

### Schriftliche Anträge

#### Justiz- und Polizeidepartement

##### Ermächtigung zur Strafverfolgung und Delegation i.S. Messen/ Sfindex ca. Matisa /CMR

Herr Streuli erklärt, dass er es in diesem Falle begrüsst hätte, wenn die Angelegenheit durch eine eidg. Untersuchungsbehörde abgeklärt und nicht an den waadtländischen Untersuchungsrichter delegiert worden wäre. Herr Feldmann wiederholt die im schriftlichen Antrag des JPD angeführten Gründe und betont, dass nachdem bereits die Strafsache Messen, Blunier, Schnellmann an den Kanton Waadt delegiert wurde, kein Grund bestehe, die Strafanzeigen Messen/Sfindex gegen die Vertreter der Matisa anders zu behandeln. Auch bei einer eidgenössischen Untersuchung müsste ein Untersuchungsrichter der welschen Schweiz amten.

#### Politisches Departement

##### Hilfe an Auslandschweizer und Rückwanderer, Erlass eines Aufrufes

Auf eine Anfrage des Herrn Bundespräsidenten, ob neben der Publikation im Bundesblatte für die Orientierung der interessierten Auslandschweizer noch etwas getan werde, antwortet Herr Petitpierre, dass das EPD bestrebt sei, dem Aufruf grösstmögliche Publizität zu geben. Er geht an alle unsere diplomatischen Missionen und Konsulate, an die Schweizervereine, die Auslandschweizerpresse, das Echo etc.



Militärdepartement

Beschaffung von Kampfflugzeugen vom Typ P-16

Der Rat stimmt der Ziff. 1 des Antrages des EMD zu, nachdem Herr Petitpierre nochmals daran erinnert, dass er sich seinerzeit gegen die Anschaffung dieses Flugzeugtypes ausgesprochen habe. Die Botschaft wird hierauf redaktionell bereinigt. Es werden Aenderungen beschlossen auf den S. 1, 3, 4, 5 und 7. EMD und BK werden mit der definitiven Bereinigung des Textes gemäss diesen Beschlüssen beauftragt.

Ziff. 2 des Antrages EMD wird gemäss dem Antrag des FZD im Mitbericht gestrichen und durch folgende Fassung ersetzt:

"Das EMD wird beauftragt in Verbindung mit dem FZD einen Zahlungsmodus zu suchen, welcher die nachteiligen Folgen der Parallelbeschaffung der "Hunter Mk 6" und der "P-16" für die Militärvoranschläge 1959 - 1963 möglichst herabsetzt. Es wird weiter beauftragt, den FFA mitzuteilen, dass die auf Seite 5 des Antrages EMD erwähnten Vorbehalte nicht angenommen werden können." Das EMD wird noch prüfen, ob diese Beschlüsse einen Einfluss auf den Text der Botschaft haben.

Die endgültige Verabschiedung der Botschaft soll am nächsten Freitag erfolgen.

Das Geschäft des FZD "Ermässigung der Zölle auf Fleisch und Schlachtvieh" und die Geschäfte des EVD "Festsetzung der Stützpreise für Schlachtkälber" und "Richtpreise für Schlachtschweine" werden auf die Freitagsitzung verschoben.

Volkswirtschaftsdepartement

Aide financière à la France dans le cadre de l'Union européenne de paiements

Herr Streuli erklärt, dass ihm die ganze Operation nicht liege, vor allem nicht nach der Entwicklung die sie genommen hat durch die Haltung verschiedener Staaten, die die ursprünglich für sie vorgesehenen Beiträge nicht leisten wollen. Ursprünglich, als es sich nur um 4 Mio. Dollars gehandelt habe, hätte er zugestimmt, obwohl man auch damit die Stellungnahme der eidgenössischen Räte präjudiziert hätte. Heute bei dem weit höheren Betrag müsse man vermehrt mit Vorwürfen aus den Kreisen der eidgenössischen Räte rechnen. Materiell erachtet Herr Streuli den neuen Verteilungsmodus als disproportioniert. Die einzelnen Partner sind nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit veranlagt. Unsere Mitgliedschaft bei der OECE verpflichtet uns nicht zu dieser Leistung. Er regt die Konsultierung der Finanzdelegation an. Herr Holenstein

und Herr Petitpierre führen aus, dass Frankreich für uns ein wichtiger Handelspartner sei, an dessen finanzieller Lage wir aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch interessiert sind. Die Länder, die eine Beteiligung abgelehnt haben, können hiefür gute Gründe geltend machen. Jedenfalls steht unser Land finanziell in einer bedeutend günstigeren Lage. Auch Herr Feldmann meldete einige Bedenken innenpolitischer Natur an, doch erklärt der Herr Bundespräsident, dass jetzt nichts an die Öffentlichkeit gehen wird. Erst wenn das Abkommen zustandekommt, wird eine solche Orientierung erfolgen und dann wird man auf unsere Handelsinteressen gegenüber Frankreich hinweisen.

Der Rat einigt sich schliesslich darauf, dass die Schweizerische Delegation ermächtigt wird, einer Beteiligung der Schweiz im Rahmen zwischen 4 und höchstens 7 Mio. Dollars zuzustimmen. Man ist damit einverstanden, die Finanzdelegation von diesem Beschluss in Kenntnis zu setzen, eine Konsultierung jedoch wird abgelehnt. Herr Streuli beantragt noch, den Mitbericht des FZD zum ersten Antrag auszuteilen. Er soll für die Beschlussfassung über die Ergebnisse der Verhandlungen in Paris beachtet werden. Der Herr Präsident schlägt vor, die Frage der formellen Behandlung des Mitberichtes in der nächsten Sitzung zu behandeln, womit der Rat stillschweigend einverstanden ist.

### Finanz- und Zolldepartement

#### Bundesfinanzordnung

#### Volksbegehren betr. Steuerabbau im Falle der Annahme oder Verwerfung der Bundesfinanzreform

Herr Streuli erinnert an das Ergebnis der Aussprache mit den Spitzen der Landesparteien. Anschliessend hat noch eine Aussprache mit den Vertretern der im Bundesrat vertretenen Parteien stattgefunden. Dabei sei man der Meinung gewesen, dass man diese Vorlage nicht scheitern lassen sollte. Herr Condrau habe angeregt, die Warenumsatzsteuer, Wehrsteuer und Biersteuer nur für 4 oder 6 Jahre vorzusehen, um eine breitere Basis der zustimmenden Kreise zu gewinnen. Der Rat stimmt dem Antrag des FZD vom 25. Januar 1958, Bundesfinanzordnung, zu, wobei von verschiedenen Rednern die Ansicht vertreten wird, man sollte durchgehend bei der zehnjährigen Dauer der Bundesfinanzordnung bleiben.

Der Rat genehmigt ferner den vertraulichen Bericht über das weitere Vorgehen im Falle einer Verwerfung der Bundesfinanzordnung und die Behandlung der Steuerabbauinitiativen. Herr Petitpierre bemerkt, dass man in der Abstimmungscampagne mit dem Argument sollte fechten können, dass im Falle der Ablehnung nur die Verlängerung der bisherigen Ordnung in Frage komme. Herr Streuli verweist darauf, dass der Bericht des FZD aus dieser Ueberlegung heraus als "vertraulich" bezeichnet worden sei, dass man aber nicht erklären könne, man werde die unveränderte Verlängerung vorschlagen, nachdem die beiden Steuerabbauinitiativen vorliegen. Schliesslich wird beschlossen, den 20. April als Abstimmungsdatum vorzusehen.

U m f r a g e

Hr. Chaudet

Postulat Jaeckle. Flugzeugbeschaffung

Das Postulat 95, mit dem eine umfassende Botschaft über den Ausbau der Flugwaffe gewünscht wird, gedenkt Herr Chaudet entgegenzunehmen. Ebenso das Postulat 96 über die Schaffung einer zentralen Stelle für die Planung unserer Flugzeugbeschaffung. Dagegen werde er das Postulat 97, mit dem eine Weiterentwicklung des N 20 der Flugzeugwerke Emmen verlangt wird, ablehnen. Der Rat ist einverstanden.

Motion Müller-Baselland. Baulicher Luftschutz

Herr Chaudet hat den Text seiner Antwort den Herren Etter und Feldmann unterbreitet. Der Rat ist damit einverstanden, dass er erklärt, die Anträge in der Form eines Postulates entgegenzunehmen.

Pressekonferenz für P-16

Herr Chaudet sieht eine solche Konferenz im Februar vor, bei welcher Gelegenheit der neue Generalstabschef und der neue Ausbildungschef Kontakt mit der Presse nehmen sollen.

Hr. Streuli

Beamtengesetz

Der Föderativverband hat gewünscht, dass der Bundesrat in Wiedererwägung des früheren Beschlusses das Beamtengesetz jetzt verabschieden sollte, damit es von einem Rate schon in der Märzsession behandelt werden kann. Auf Grund der Aussprache ergibt sich, dass der Rat es für richtiger hält, die Abstimmung über die Finanzordnung abzuwarten, bevor er mit dem Beamtengesetz herausrückt.

Nautilusaffäre

Herausgabe der Akten an die Finanzkommission

Der Bundesrat hat gegen eine ausnahmsweise Herausgabe der Akten an die Finanzkommission nichts einzuwenden, überlässt aber den Entscheid dem FZD, das hiefür zuständig ist.

Präsidialvorbringen

Einladung Comptoir 1958

Das Geschäft soll später behandelt werden.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 7. Sitzung vom 24. Januar wird mit einer Aenderung beim Geschäft "Rampes de lancement pour fusées. Enginstéléguidés" und beim Geschäft "Question des concessions aux sociétés avec participation étrangère" genehmigt.